

Wer kann wirksam politisch handeln? Welche Rolle können die Gewerkschaften übernehmen?

Vorbemerkung:

Die Überschrift zu diesem Podium ist sehr allgemein formuliert. „Wer kann wirksam politisch Handeln? Welche Rolle können die Gewerkschaften übernehmen?“ So lauten die beiden Fragen, zu denen wir diskutieren wollen. Ich diskutiere hier als jemand, der selbst langjährig über Gewerkschaften, Betriebsräte, Beteiligung empirisch arbeitet, und ich möchte mich in meinen Thesen deshalb auf Gewerkschaften als politische Akteure beschränken und dabei auf Arbeitspolitik als das zentrale gewerkschaftliche Politikfeld konzentrieren. Ich will dazu meine Position in 10 Thesen umreißen.

Thesen:

1. Die Gewerkschaften sind aus einer alten, *vergangenen* sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, hervorgegangen. Ihr erfolgreicher Institutionalisierungsprozess nach dem zweiten Weltkrieg ist über die Brüche und Niederlagen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweg immer noch Ausdruck der Stärke und der Erfolgs dieser sozialen Bewegung gewesen. Ohne ihn gäbe es das, was wir heute „Rheinisch alpinen Kapitalismus“ nennen, der sich primär in einem jeweils nationalstaatlich verfassten Rahmen entwickelt hat, nicht. Dies ist meine erste These.
2. Die Gewerkschaften können im Ergebnis der eingetretenen Entwicklung nicht einfach hinter einen einmal erreichten Stand zurückgehen, ohne einen hohen Preis dafür zu zahlen. Auch wenn es vielen aktiven Gewerkschaftern, die hier heute teilnehmen, nicht gefallen mag, möchte ich deshalb als zweite These vertreten: Die Gewerkschaften haben im Ernst nicht die Option, wieder zu einer sozialen Bewegung zu werden, es sei denn sie wären bereit, die Handlungsmöglichkeiten preiszugeben, die mit ihrem Charakter als Organisationen der lebendigen Arbeit und als Institutionen verknüpft sind, die sie vor allem im nationalstaatlichen Rahmen der industriellen Arbeitsgesellschaften geworden sind.
3. Zugleich ist nicht zu übersehen, dass die Gewerkschaften angesichts der tiefgreifenden Umbrüche am Ende des Fordismus als Institutionen und Organisationen der lebendigen Arbeit in ihrer Handlungsmächtigkeit massiv bedroht sind. Dies hat mit dem auf den Facharbeiter als im Fordismus verberuflichten Arbeitnehmer als maßgeblichem Kern ihrer Mitgliedschaft zu tun. Die heutigen Organisationsprobleme der Gewerkschaften sind nicht allein auf den Zerfall kapitalismuskritischer Leitbilder in alter Form zurückzuführen (Unge-

rechtigkeit von Einkommens- und Vermögensverteilung und daran gebundener Chancenzuweisung / Krisenhaftigkeit von Marktprozessen / Forderung nach Elementen planender Steuerung / gemeinwirtschaftliche Elemente als Korrektiv etc.) sondern ebenso auf die Gefahr, als freiwilliger Interessenverband, der in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte auf den männlichen deutschen Facharbeiter zentriert ist, nur mehr für begrenzte – aus mancher kritischen Außensicht bornierte - Interessen zu stehen und gleichzeitig für diese Interessen einer in der Gesellschaft schrumpfenden Klientel an Durchsetzungsmacht zu verlieren.

4. Dieses Problem ist nicht grundsätzlich neu. Im Zuge der zweiten industriellen Revolution am Beginn ihres Aufstiegs zu großen Industriegewerkschaften hatten sie durchaus vergleichbare Probleme. Am Beispiel der Entstehung des deutschen Metallarbeiterverbandes im Ausgang des 19. Jahrhunderts ist z.B. gezeigt worden, dass mit der Gründung dieser Organisation um die modernen Maschinenbauarbeiter als „das Rückenmark der Industrie“ herum – so das später in der Mitgliederzeitung des DMV formulierte Selbstverständnis - heftige Auseinandersetzungen zwischen den in der neuen Industrialisierungswelle an Bedeutung gewinnenden Berufsgruppen der Schlosser und Dreher – aber weniger den An- und Ungelernten Arbeitern, die sich aber ebenfalls zu organisieren begannen - und den älteren Berufsfachverbänden, z.B. der Schmiede um die innerverbandlichen Machtpositionen stattfanden. Sie wurden damals sukzessive im Sinne der Herausbildung von Industriegewerkschaften gelöst.
5. Was die Lage heute wesentlich komplizierter macht sind drei Umstände:
 - (1) Die Beschäftigten der neuen Leitbranchen, die die Informationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben, halten noch Distanz zu den Facharbeiterdominierten alten Industriegewerkschaften – und das gilt auch in weiten Teilen für die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.
 - (2) Die Gewerkschaften sind heute nicht Teil einer aufstrebenden sozialen Bewegung sondern Teil des Institutionengeflechts der alten noch industriell geprägten institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft.
 - (3) Die Gewerkschaften in Europa müssen sich zugleich in einer über den nationalstaatlichen Rahmen hinausweisenden Form restrukturieren. Die alten Industriegesellschaften gab es im Plural vieler Nationalstaaten. Von der neuen „Informations-“, oder „Wissensgesellschaft“ sprechen wir mit guten Gründen nur im Singular und die „Bürgergesellschaft“, die vielen von uns als vielleicht noch etwas vage Vision vorschweben mag, aber immerhin, werden wir wenn überhaupt, dann nur in einer europäischen Perspektive erringen.

6. Die institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts steht im Epochenbruch am Ende des Fordismus vor tiefgreifenden Herausforderungen angesichts von:
 - (1) großen beschäftigungspolitischen Problemen im Zeichen einer nach neoliberalen Glaubenssätzen forcierten Entgrenzung der Ökonomie und deregulierten Globalisierung vor allem der Finanzwirtschaft;
 - (2) tiefgreifenden Metamorphosen der Arbeit im Zeichen von neuen Formen selbstorganisierter Arbeit (Arbeitskraftunternehmer, unselbständige Selbständige)
 - (3) massiven ökologischen Herausforderungen im Zeichen der Endlichkeit von Naturressourcen und der sichtbar gewordenen Risiken angesichts nichtintendierter Wirkungen des sogenannten technischen Fortschritts.

7. Mindestens auf die unter (1) und (2) aufgeworfenen Fragen können und müssen die Gewerkschaften Antworten in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen anbieten, die über die Konzentration auf das Kerngeschäft für ihre Kernklientel und in Anpassung an einen nicht mehr kritisch hinterfragten Globalisierungsdruck hinausgehen, wenn sie neue Attraktivität gewinnen wollen - für eine größere Zahl auch wieder jüngerer Beschäftigter in den neuen Zukunftsbranchen aber auch dort, wo neue Formen marginalisierter Arbeit entstehen. Das bedeutet, dass sie ihre immer schwieriger werdende Rolle im bestehenden Institutionengefüge unserer auch jenseits des Fordismus nach wie vor als Arbeitsgesellschaft verfassten Gesellschaft dadurch ausreizen müssen, dass sie sich als „Organisationen der lebendigen Arbeit“ gleichzeitig gegenüber neuen Sozialen Bewegungen und von ihnen ausgelösten gesellschaftspolitischen Diskursen viel stärker öffnen als bislang. Nur so hätten sie eine Chance innerhalb unserer Gesellschaft zu einem neuen organisierenden Zentrum von „Solidarität in Vielfalt“ zu werden.

8. Als wichtiger Teil des nicht zuletzt durch sie mitgeformten Institutionengefüges in der „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft“ in „Bündnissen für Arbeit“ mitzuwirken oder an der Reform anderer Institutionen, wie etwa der bisherigen Bundesanstalt für Arbeit, konstruktiv mitzuwirken ist sicherlich wichtig. Aber es gilt eben immer auch, die jeweilige Begrenztheit solcher Maßnahmen deutlich zu machen, sie an den früher fast schon selbstverständlich gewordenen Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit zu messen. Die eigenen arbeits- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen muss man dazu dann schon in einen Zusammenhang damit bringen, dass unsere modernen westlichen Gesellschaften immer mehr Reichtum produzieren und zugleich den Druck auf die lebendige Arbeit immer mehr erhöhen.

9. Die Abwehr dieses Druckes erfordert aber nicht nur eine aktive Mitarbeit an überzeugenden Alternativen zu einer neoliberalen Glaubenssätzen folgenden Globalisierung. Immer wichtiger wird es auch für das Erreichen einer neuen Solidarität in Vielfalt, dass die Gewerkschaften sich nicht auf ihr Kerngeschäft beschränken sondern alten und neuen Gruppen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ihre organisatorischen Strukturen weiterentwickeln, Räume für eigenes, vernetztes Handeln eröffnen, also Beteiligung Vieler ermöglichen, Dialogräume zu denen eröffnen, die sie bislang noch nicht erreichen und so ihre arbeitspolitischen Gestaltungsansprüche erneuern.

10. Die Ökologischen Herausforderungen, die ich in These 6 als dritten Punkt angesprochen habe, die uns die Grenzen allein marktlicher Regulierung deutlich vor Augen führen, verweisen ebenso wie die Informationalisierung der Ökonomie schließlich darauf, dass zukunftsfähige Antworten nur dann gefunden werden können, wenn sie hier und heute, also von den Gewerkschaften in den Ländern der Europäischen Union und vor dem Hintergrund einer weiter voranschreitenden politischen Integration Europas, auch in einer europäischen Perspektive angegangen werden.